

# "Teil einer breiten internationalen Überlebensbewegung" : Entstehung und Entwicklung der Grünen in St. Gallen, 1983-1989

Autor(en): **Ziltener, Patrick**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Historischer Verein des Kantons St. Gallen**

Band (Jahr): **156 (2016)**

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-946315>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# «TEIL EINER BREITEN INTERNATIONALEN ÜBERLEBENSBEWEGUNG»

## ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER GRÜNEN IN ST. GALLEN, 1983–1989

Patrick Ziltener

In St. Gallen entstand in den 1970er-Jahren wie in anderen Städten Westeuropas ein Milieu von politischen und apolitischen Menschen, die die traditionellen Politikformen und Interessenvermittlungsmechanismen der Nachkriegszeit als nicht nur ungenügend in der Bewältigung der Probleme der Gegenwart, sondern in ihrer Wirkungsweise als geradezu wegbereitend für die Entwicklung und weitere Steigerung von Gefahrenpotential, die Zerstörung der natürlichen Umwelt und die stetige Verschlechterung der Lebensqualität wahrnahmen. Diese Milieus mit ihrer grossen Heterogenität, wechselnden Bewegungskonjunkturen und häufigen Veränderungen von Organisationsformen und -strukturen, einer «amöbenhaften Veränderlichkeit» (Roth 1983: 311), stellten grosse Herausforderungen für die etablierten Politikformen dar. Thematisiert wurden die «Folgeprobleme des Wachstumprozesses», wozu Kriesi (et al. 1981: 610) alle Probleme im Zusammenhang mit dem Ausbau des Verkehrs- und Energiesystems und der übrigen Infrastruktur und die damit zusammenhängende Zerstörung der Umwelt und der Wohnqualität zählt. Dazu kamen die hohen Risiken neuer Grosstechnologien sowie die globale Bedrohungslage durch atomare, biologische und chemische Aufrüstung.

Es gibt nur wenige soziologische Untersuchungen dieses Milieus. Fend/Prester<sup>1</sup> untersuchten in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre deutsche Jugendliche mit Parteipräferenzen für die Grünen. Sie fanden, dass sich diese «durch grösseren Pessimismus über die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung und durch grössere Skepsis gegenüber der Verwirklichung von Gerechtigkeit und Leistungsprinzip in der Gesellschaft» auszeichneten, weiter durch eine «stärkere Ablehnung rechter politischer Vorstellungen

und eine Nähe zu Mitbestimmungs- und Gleichberechtigungskonzepten» sowie eine «wesentlich höhere Protestbereitschaft» (Fend/Prester 1985: 384). Diese Jugendlichen hatten auch einen unterschiedlichen persönlichen Lebensentwurf: Junge Frauen wie Männer lehnten die herkömmliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau ab und präferierten stattdessen ein partnerschaftliches Modell. Fordistische Produktionsmethoden und zentralisierte Infrastruktur wurden wie militärisch geprägte Organisationsformen und die traditionell patriarchalische Kleinfamilie als «krank» empfunden. Ebenso auf Ablehnung stiessen traditionell hierarchische und hochformalisierte Organisationsformen in der Politik.

### Die neue Unübersichtlichkeit erreicht St. Gallen

Die Besetzung des AKW-Geländes Kaiseraugst 1975 gilt als das Gründungsereignis der neuen Umweltbewegung in der Schweiz. Damit wurden auch hierzulande «neue Formen der Opposition wie Besetzungen, Demonstrationen und direkte Aktionen ... wichtige Instrumente des politischen Kampfes» (Skenderovic 2012). Der ausserhalb der traditionellen Konkordanz stehende Landesring der Unabhängigen (LdU) nahm sich schon Anfang der 1970er-Jahre mit elektoralem Erfolg einiger Umweltthemen an. Der LdU stellte aber in keinerlei Hinsicht eine Alternative zu den herkömmlichen Parteien dar, da seine grossen Anti-Establishment-Momente in den 1980er-Jahren schon lange Vergangenheit waren. Die SP war die Systempartei des sozialstaatlich modifizierten Kapitalismus der Nachkriegszeit, und die neue Kritik am energieintensiven fordistischen Wachstumsmodell und seiner «Motorisierung für alle» stiess bei der grossen Mehrheit der SP-Parteimitglieder auf Unverständnis, an der Basis sogar oft auf aggressive Ablehnung.<sup>2</sup> Der jüngere Intellektuellen-Flügel der SP hingegen kam teilweise aus diesem Milieu oder stand ihm mit grosser Sympathie gegenüber. Als erste politische Gruppierung des neuen Typs in St. Gallen mit organisatorischer Konstanz darf die Politische Frauengruppe (PFG)

---

1 Fend/Prester, 1985, Forschungsgruppe «Entwicklung im Jugendalter» der Universität Konstanz.

2 Am Grünen Fest 1984: «Die Sozialdemokratie hat ausgespielt.» GRAS Grüne Alternative St. Gallen, 1984: Materialien Wochenende 13.114. Oktober 1984, unveröff., S. 45.

gelten, die 1980 gegründet wurde (Widmer 2005: 16 f.), als erste in der Schweiz mit einer Frauenliste an Gemeinderatswahlen teilnahm und in vieler Hinsicht Organisations- und Protestformen mit der grün-alternativen Bewegung teilte.

Bereits in den 1970er-Jahren entstanden grüne, alternative Gruppen und Wahl-Listen verschiedenenorts in der Schweiz (Rebeaud 1987). 1979 wurde mit Daniel Brélaz im Kanton Waadt der erste grüne Nationalrat gewählt. Dies fand in den Ostschweizer Zeitungen jedoch keine grosse Resonanz, auch nicht die Gründung einer Grünen Partei im Kanton Zürich und deren Erfolge in Gemeindevahlen (vgl. Schaffner Hg. 2003). Es waren vielmehr die 1980 aus der Friedens-, Anti-Atomkraft- und Umweltschutzbewegung hervorgegangenen «Grünen» in der BRD und ihr Einzug in den Deutschen Bundestag 1983, was weit herum als historische Zäsur wahrgenommen wurde. Von da an flossen staatlich geförderte Grünen-Programmatik und Propagandamaterial in bedeutenden Mengen auch über die Grenze in die Schweiz, was auch deshalb einen besonderen Stellenwert hatte, weil in der Schweiz aufgrund der chronisch finanzknappen Lage der grünen Neuparteien der Ausstoss eigener Materialien vergleichsweise bescheiden war.



St. Galler Grüne mit einem Plakat der deutschen Grünen: «Akkordarbeit, Rationalisierung, Entlassungen», ca. 1985.

Quelle: Archiv für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte Ostschweiz, AFGO.195.

## Die Gründung der Grünen in St. Gallen 1983

1983 war auch in St. Gallen das Jahr der Lancierung einer «Partei neuen Typs», wobei bei den rund 200 Beteiligten<sup>3</sup> dieser auf Initiative von Albert Nufer<sup>4</sup> und anderen am 28. Mai zustande gekommenen Sitzung<sup>5</sup> wohl keine Einigkeit darüber bestand, ob es sich wirklich um die Gründung einer Partei handelte. In der von «Rudolf Häusermann, Marbach» unterzeichneten «Grundsatzerklärung» findet sich der Begriff nicht selbstredend, ebenso wenig in den «Statuten des Stamms der Grünen St. Galler». In Letzteren ist zwar eine institutionelle Struktur vorgesehen, und zwar in Form von lokalen «Stämmen» und einer «Stamm-Hauptversammlung», wie auch die Funktionen eines Präsidenten, eines Kassiers, eines Aktuars und von Revisoren. Hauptorgan waren jedoch die «Stämme», wobei speziell festgelegt wurde, dass der «Stamm St. Gallen» in «überregionalen Angelegenheiten» «der Vollversammlung aller Stämme untersteht» (Art. 3a). Vorgesehen war, dass sich ein Stamm mindestens einmal pro Monat trifft und «in regionalen Angelegenheiten» entscheidet. Ihm unterstehen die Arbeitsgruppen und der Presserat, wobei er nur beschlussfähig ist, wenn mindestens 13 Personen anwesend sind. Als Zweck (Art. 2) wird aufgeführt: «Die Grünen St. Galler bezwecken die ökologischen, sozialen und kulturellen Ideale und Interessen aller Lebewesen zu fördern und politisch zu vertreten. Unsere Aufgabe ist es, unsere Mutter-Erde, für uns und die kommenden Generationen, zu pflegen, zu nutzen und zu bewahren.»

Auf einer Adressliste, datiert vom 25. August 1983, werden sechs Gruppen in der Ostschweiz unter dem Titel «Grüne St. Galler und Appenzeller» in alphabetischer Reihenfolge mit ihren jeweiligen Treffpunkten (und Kontaktpersonen) aufgeführt: Grüne Appenzeller, Herisau (Rest. Altes Schäfli); Grüne Appenzeller, Teufen (Rest. Waldegg); Grüne Rheintaler (Rest. Oberes Bad, Marbach); Grüne St. Galler (Rest. Freihof, später Span. Weinhalle); Grüne

3 Quelle: GRAS Grüne Alternative St. Gallen, 1984: Materialien Wochenende 13./14. Oktober 1984, S. 41. Dort heisst es: «Bald einmal zeigten sich Meinungsverschiedenheiten, da die meisten völlig unvorbereitet angereist waren und ein gemeinsamer Grundkonsens fehlte. Interessant ist, dass sich beiden Hauptkontrahenden [sic!], «bürgerliche Grüne» einerseits, Autonome aus der Stadt St. Gallen andererseits, heute ganz (Autonome) oder teilweise (Bürgerliche) zurückgezogen haben.»

4 Albert Nufer, geb. 1942 in Schönengrund AR, war und ist ein in St. Gallen bekannter Nonkonformist, der ohne festen Job und Wohnsitz in Armut lebte und sich als Strassenwischer oder Land- und Gelegenheitsarbeiter durchschlug (Ruckstuhl 2009). Er sass als Vertreter der Grünen im Gemeinde- und Kantonsrat, nahm Einsitz in der städtischen Baukommission und im OLMA-Delegiertenrat. 2006 wechselte er zur Grünliberalen Partei (GLP).

5 Flugblatt «Grüne St. Gallen. DIE GRÜNEN KOMMEN». Gründungsversammlung, 28. Mai 1983, AFGO.195.



Flugblatt «Grüne St. Gallen. DIE GRÜNEN KOMMEN», Gründungsversammlung, 28. Mai 1983. Quelle: AFGO. 195.

Toggenburger (Rest. Rössli Mogelsberg); Grüne Werdenberger (Rest. Rössli, Werdenberg).

Beteiligte erinnern sich nicht daran, dass die Statuten von grosser Prägekraft für die politischen Prozesse gewesen waren, die im grünen Bewegungs-Milieu in den Jahren bis 1990 stattfanden. Wichtiger waren im Vor-Internet-Zeitalter persönliche Kontakte und Kommunikationsnetze, und alle Prozesse enthielten spontane und situationsabhängige Momente. Zustande kam etwas, wenn und weil sich genug Interessierte fanden, die im Verlauf eines Verständigungsprozesses einen offenen, zeitlich begrenzten Konsens über Zweck und Form der Aktion erreichten. Damit unterschieden sich die Grünen von Anfang an von leninistisch inspirierten Gruppierungen der Neuen Linken, denen man – bei aller Kooperationsbereitschaft in Sachfragen – gerade deshalb ein anhaltendes Misstrauen entgegenbrachte.

### Identität und Selbstdarstellung

Schon Galtung (1985: 79) tat sich schwer, die (frühen) Grünen einzuordnen. Ideologisch klassifizierte er sie als weder der liberal/konservativ/kapitalistischen noch der marxistisch/sozialistischen Traditionen zugehörig, sondern eher der anarchistischen Tradition, und genauer: dem gewaltfreien Teil jener Tradition. Und tatsächlich, auch bei den St. Galler Grünen lassen sich solche Einflüsse nachweisen: «Ziel soll eine Volksbewegung mit einem parlamentarischen

Arm sein, der ... sich nicht wie bisher üblich früher oder später selbständig macht. Denn «jede politische Macht, gleichviel welchen Ursprungs und welcher Form, entwickelt sich zwangsläufig zum Despotismus hin» (Bakunin).»<sup>6</sup>

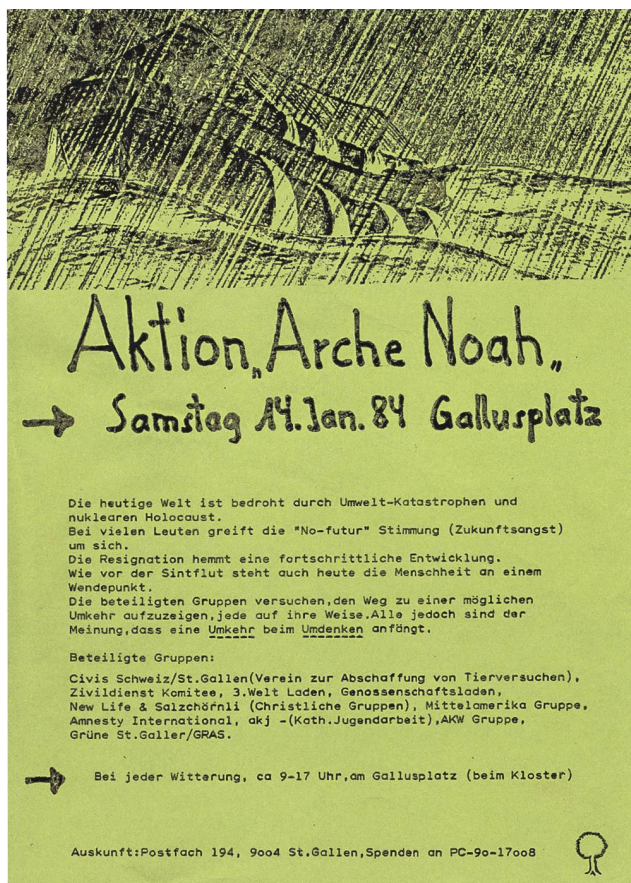
Aktivismus in einem breiten Themenspektrum und Beteiligung an Wahlen, ohne Partei «im üblichen Sinn» werden zu wollen, charakterisierte die Tätigkeit der Grünen. Man «fühlte sich» als «Teil einer breiten internationalen Ueberlebensbewegung»<sup>7</sup>. Das Fehlen eines «ausgearbeiteten Programms» wurde nicht als hinderlich wahrgenommen, wichtig war den Grünen «in erster Linie eine oft nur vage Grundübereinstimmung», wobei man sich gerne auf bestimmte Autoren bezog.<sup>8</sup>

Viel Aufmerksamkeit erhielt die Diskussion, die Galtung (1985: 175 f.) als für die grüne Bewegung jener Zeit typisch bezeichnete, das «wie anfangen?»: Ist Gesellschaftsveränderung möglich durch alternative Lebensweisen, individuell von unten her, oder setzt der Erfolg solcher Mik-

6 Flugblatt «GRAS in den Gemeinderat am 2. Sept. 1984», AFGO. 195.

7 GRAS Grüne Alternative St. Gallen, 1984: Materialien Wochenende 13./14. Oktober 1984, unveröffentlicht (S. 41–43, unter Geschichtliches), AFGO. 195.

8 Genannt, zitiert oder integral abgedruckt wurden u. a. Karl Marx, Jesus Christus, Robert Jungk, Erich Fromm, Fritjof Capra, Mohandas Karamchand Gandhi, Rudolf Bahro, Petra Kelly, Rudi Dutschke, Daniel Cohn-Bendit, Erhard Eppler, Hans A. Pestalozzi (vgl. GRAS Grüne Alternative St. Gallen, 1984: Materialien Wochenende 13./14. Oktober 1984, unveröff. S. 42.) Diskutiert wurde etwa: Robert Jungk (1978) «Wie könnte eine «alternative Partei» aussehen?», Kelly/Leinen (Hg., 1982) «Prinzip Leben. Ökopax – die neue Kraft», Jutta Ditzfurth (1984) «Radikal und phantasievoll gesellschaftliche Gegenmacht organisieren!», oder «Rote Politik, grüne Politik, bunte Politik» (POCH 1983), «Nicht links – nicht rechts? über die Zukunft der Grünen» (Hamburg 1983: VSA) und natürlich das utopische bolo'bolo (Hans Widmer alias pm, 1983).



Flugblatt und Fotografie zur Aktion «Arche Noah» auf dem Gallus-Platz St. Gallen, 14. Januar 1984. Quelle: AFGO. 195.

ro-Veränderungen einen gesellschaftlichen Umbau der Makro-Ebene voraus? Die für die grüne Bewegung typische, in allen Varianten immer wieder diskutierte Antwort war und ist das «Sowohl als Auch». Eine neue Lebensweise wurde verknüpft mit einem neuen Politikmodus – wobei nicht einmal der Begriff «politisch» für die zu gestaltende Praxis unwidersprochen blieb. Traditionelle Politiker und Vereinsmeier wurden etwa so verachtet wie die «Philister» im 19. Jahrhundert in den deutschen Universitätsstädten. Politische Praxis sollte nicht erst im organisatorischen Ergebnis zu «Befreiung» führen, sondern Teil des Befreiungsprozesses sein und das Ziel einer freien Assoziation freier Menschen in einer Bewegung von Freundinnen und Freunden vorwegnehmen. Besonders Wert gelegt wurde auf offene, nicht-

aggressive Kommunikation und die Vermeidung von Stereotypen aller Art, insbesondere traditionell geschlechtsspezifisches Verhalten. Einflussreich war das Format der «Zukunftswerkstätten», wie sie vom österreichischen Zukunftsforscher und Publizisten Robert Jungk (1913–1994) und anderen entwickelt worden waren. In diesen wurden von ad hoc-Gruppen zu bestimmten, von ihnen selber gewählten Problemkreisen die Gegenwart kritisiert, mögliche Lösungen erfunden und diese Konzepte dann auf ihre Durchsetzbarkeit geprüft (Jungk/Müllert 1981). Dies wurde vorzugsweise an Wochenend-Retraits praktiziert.

Schon in der Kampagne zu den Nationalratswahlen 1983 traten die Grünen mit dem mehrdeutigen GRAS-Kozept an: GRAS steht eindeutig definiert als Abkürzung für «Grüne Alternative St. Gallen», steht aber auch für das biologische Gras, das als grafisches Kennzeichen verwendet wurde,<sup>9</sup> das wiederum auch die Bedeutung von Marihuana haben kann. Die Legalisierung des Cannabis-Konsums war dann auch eine Forderung der grün-alternativen Bewegung, und Albert Nufer war schon damals ein bekennender und öffentlich Gras rauchender Aktivist der Grünen. Er selber nannte sich und seine Mitstreiter oft «Gräsli». «Gras» stand aber auch für das in der Alternativbewegung wichtige Konzept der «Graswurzelrevolution». Weiter inspirierte der Begriff zu folgenden (handschriftlich zum vierseitigen Wahlprogramm<sup>10</sup> hinzugefügten) Aussagen: «Lieber Gras wählen als ins Gras beißen» und «lasset uns wuchern – Gras in den Nationalrat!»

Die Journalistin Irene Jaeggi charakterisierte den Politik-Modus der St. Galler Grünen jener Zeit einmal so: «Der offensichtlich frische Wind bei den Stadtgrünen ist gerade das: Widersprüche nicht bereinigen, Offenlassen wichtiger Frage wie Fraktionsbeitritt des neuen Kantonsrates, Ulk oder Ernst in der Regierungsratswahl, GRAS-grün oder bürgerlich-grün. Noch besteht kein Bedürfnis die Zwangsjacke der Einheitlichkeit und Einstimmigkeit durch Abstimmungen durchzusetzen, grundsätzlich Programmatisches kann zugunsten der Machbarkeit lokaler direkter Aktionen vorläufig noch im Hintergrund bleiben.»<sup>11</sup>

9 Grüne Alternative St. Gallen, GRAS, 1983: Flugblatt zu den Nationalratswahlen 1983 «Wählt am 22./23. Oktober die echten Grünen in den Nationalrat: Grüne Alternative St. Gallen GRAS», AFGO. 195.

10 Grüne Alternative St. Gallen, GRAS, 1983: Programmpunkte zu den Nationalratswahlen, AFGO. 195.

11 «Wahlulk mit einem Schuss Moralin», in: Tell, Nr. 4, Februar 1984, S. 6 f.

## Themen und Aktionen, lokal und international

Typischerweise warb das vermutlich erste Flugblatt der Grünen St. Galler für «EIN KLARES NEIN ZUR KVA», also der geplanten Kehrlichtverbrennungsanlage, und die Argumente waren geprägt von einem tiefen Misstrauen gegenüber den Behörden.

Anfang der 1980er-Jahre fanden Wissenschaftler Anzeichen dafür, dass Schwefeldioxid aus der Öl- und Kohleverbrennung als «saurer Regen» niederschlägt, die Bäume schädigt und die Waldböden versauert. Ein Titelblatt des Spiegel «Der Wald stirbt» von 1981 lancierte die Debatte um das «Waldsterben». Mit einem grossen Transparent «Der Wald stirbt leise, wir schlagen Alarm» zogen die Grünen an drei Samstagen im Winter 1983/1984 «mit grossem Lärm» durch die Altstadt, wobei sie immer wieder Station machten, «um die «Notstandsgesetze der provisorischen Notstandsregierung des Kantons St. Gallen zu verlesen». Diese Art von Provokation wurde auch von anderen grünen Gruppen in anderen Städten angewendet. Die «Notstandsgesetze» sahen u. a. vor, «dass ab sofort die Autoabgase ins Wageninnere abzuleiten seien». Das Thema Luftverschmutzung war eine Konstante in den politischen Aktivitäten der 1980er-Jahre, mit einem Kulminationspunkt in Form der grossen «atemlos»-Demonstration vom 14. Februar 1987.

Die GRAS nahm jeweils auch an der 1. Mai-Demonstration der Linken teil und war auch im entsprechenden Komitee vertreten. Am 1. Mai 1984 demonstrierte man «zusammen mit der unorganisierten Linken, der PFG/OFRA und den Alternativbetrieben auf der Strasse. Die SP feierte – im Saal.»

Ein Thema von grösster Brisanz, das die grüne Bewegung schweizweit mehr als einmal spaltete, war das Verhältnis zur *Schweizer Armee*. Diese war noch in den 1980er-Jahren ein zentrales Identitätsmerkmal der Schweiz. Ein Grossteil der männlichen Elite von Wirtschaft und Politik der damaligen Schweiz nahm in der Milizarmee Offiziersränge ein, und dies prägte politische und gesellschaftliche Verhaltensformen. Die grüne Bewegung stand immer im Spannungsverhältnis, einerseits für umweltschützerische Anliegen Bündnispartner aus dieser Elite zu benötigen, andererseits die Armee selber umwelt- und friedenspolitisch zu regulieren, ohne ihre pazifistische Grundorientierung zu verleug-

nen. Die GRAS war stark geprägt von der internationalen Friedensbewegung. Die jüngeren Aktivisten waren politisiert worden in einer Zeit der grossen Friedensdemonstrationen in Westeuropa (und durch die Repression an Schulen gegen deren Teilnehmer) gegen den so genannten NATO-Doppelbeschluss von 1979, auf dessen Grundlage ab 1983 in der BRD die Pershing 2 stationiert wurde; einige verweigerten den Militärdienst, zu einer Zeit, als es noch keinen zivilen Ersatzdienst gab. Im Bewusstsein, dass erstens «nur wenige Kilometer nördlich des Bodensees... taktische Atomwaffen» liegen, zweitens «Atomraketen Atom-magneten sind» und drittens «Neutralität nicht vor Radioaktivität schützt», beteiligten sich die St. Galler Grünen an grenzüberschreitenden Fahrrad-Demonstrationen mit «zahlreichen, bunten, im Wind flatternden Transparenten» an Kundgebungen in Bregenz und Lindau für die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen, den Abzug aller Atomwaffen aus dem Bodenseeraum und die Gewährleistung eines rein zivilen Militärsatzdienstes. Einige St. Galler Grüne beteiligten sich an den Aktionen zivilen Ungehorsams in Mutlangen in Form von Sitzblockaden zum Zugang zur NATO-Atomwaffenbasis.<sup>12</sup> Andere reisten mehrfach in die bayrische Oberpfalz, um an Widerstandsaktionen gegen die geplante nukleare Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf teilzunehmen. Junge Aktivisten aus St. Gallen beteiligten sich auch an der Bewegung gegen das geplante Donaukraftwerk im niederösterreichischen Hainburg, wo es nach der Erteilung der Bewilligung durch den damaligen Umweltlandesrat Ernest Brezovksy (SPÖ) für den Bau des Kraftwerks ab November 1984 unter winterlichen Bedingungen zu Besetzungen kam. Besonders in Erinnerung blieb dem späteren grünen Kantonsrat Thomas Schwager (Jahrgang 1964) «die breite Unterstützung durch die Wiener Bevölkerung»: «Sie besuchte an den Wochenenden die Besetzerinnen und Besetzer, die bei nächtlichen Temperaturen von bis zu minus 20 Grad in mit Stroh ausgekleideten Zelten ausharrten. Den jungen Menschen – klar erkennbar an ihrer winterharten bunten Bekleidung – wurden in den Trams und auf den Strassen Wiens aufmunternd auf die Schulter geklopft.»<sup>13</sup>

Eine Erfahrung, die Schwager bis heute geprägt hat, und die er folgendermassen resümiert: «Widerstand gegen ein unsinniges Projekt kann nur Erfolg haben, wenn er von einer Mehrheit der Menschen getragen wird. Dies gelingt nur mit gewaltfreien Mitteln.»

In St. Gallen fand auf Anregung der Grünen am 14. Januar 1984 die Standaktion «Arche Noah» auf dem Gallusplatz statt, aus deren Anlass sich verschiedene politisch-alternative Gruppierungen inklusive der biologische Produkte anbietende Genossenschaftsläden mit ihren Anliegen vorstellten: «Die heutige Welt ist bedroht durch Umwelt-Katastrophen und nuklearen Holocaust. Bei vielen Leuten greift die «No-futur» [sic!] Stimmung (Zu-

12 Aufruf Solidarität mit Mutlangen, 1984. Vgl. die Photographien von Pflaum, Thomas: *Ziviler Widerstand, Mutlangen 1983–1987*, in: Boström, Jörg, 1989: *Dokument und Erfindung. Fotografien aus der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis heute*, Mannheim.

13 Interview 20. Dezember 2015.



Fotografie, Flugblatt und Button zur Aktion «Jeder Mensch ist Ausländer», 15. März 1986. Quelle: AFGO.195.

## Liebe Mitbürgerin, Lieber Mitbürger !

### WISSEN SIE, ...

.... WAS ES FUER EINEN FLUECHTLING BEDEUTET, IN SEIN HEIMATLAND ZURUECKKEHREN ZU MUESSEN, WO IHM VERFOLGUNG, GEFANGENIS, FOLTER ODER GAR DER TOD DROHEN ? MIT DER REVISION DES SCHWEIZERISCHEN ASYLGESETZES WERDEN JETZT GENAU DAZU DIE VORAUSSETZUNGEN GESCHAFFEN.

### WISSEN SIE, ...

.... WAS ES FUER EINEN FLUECHTLING BEDEUTET, UNTER GROSSEN GEFAHREN UND ENTBEHRUNGEN SEINE FAMILIE UND SEINE HEIMAT ZU VERLASSEN? BLOSSE DRUECKEBERGER UND "WIRTSCHAFTSFLUECHTLINGE" HAETTEN DAZU WOHL NICHT DIE KRAFT UND DIE COURAGE.

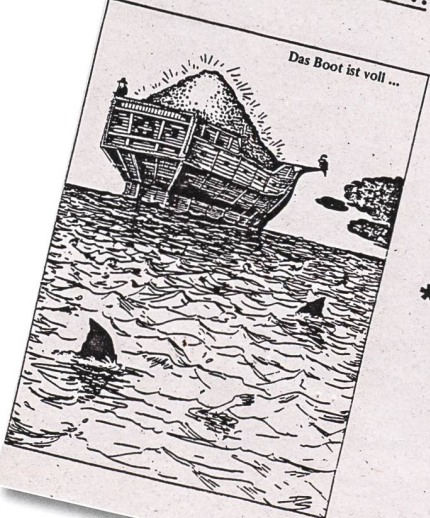
### WISSEN SIE, ...

.... WAS ES FUER EINEN FLUECHTLING BEDEUTET, TAEGLICH MIT DER UNGEWISSEIT ZU LEBEN, VIELLEICHT SCHON AM NAECHSTEN TAG IN EIN FLUGZEUG GESETZT UND GENAU DORTHIN ZURUECKGESCHAFFT ZU WERDEN, WO ZU LEBEN FUER IHN NICHT MEHR MOEGLICH WAR?

### WISSEN SIE, ...

.... WIE ES EINEM FLUECHTLING ZUMUTE IST, DER TAEGLICH RASSISMUS, FREMDENFEINDLICHER HETZE UND HASS AUSGESETZT IST? Stehen wir dem nicht gleichgültig gegenüber!

### Handeln wir jetzt !!



- \* Informieren wir uns über die Lage dieser Menschen und befreien uns von Vorurteilen!
- \* Bringen wir ihnen unsere Achtung und Sympathie entgegen!
- \* Zeigen wir uns mit ihnen solidarisch!
- \* Unterstützen wir tatkräftig Menschen und Organisationen, die sich für eine menschlichere Asylpraxis einsetzen!
- \* Verhalten wir uns so, dass wir uns in der Zukunft dieses Stücks Geschichte nicht zu schämen brauchen!



EINE AKTION DER GRÜNEN ALTERNATIVE ST. GALLEN · GRAS · Der Reinerlös kommt der Aktion für abgewiesene Asylbewerber, Bern, zugute.

ST. GALLEN, 15. März 1986  
IM MÄRZ 1986

### So krankhaft kann Fremdenhass sein

pf. Vor sieben Wochen wurde, wie damals im TA berichtet, ein 6jähriger Bub, Sohn jugoslawischer Eltern, beim Überqueren einer Strasse auf dem Fussgängerstreifen von einem Auto überfahren. Er starb am selben Abend im Spital. Kurz darauf erhielt seine Mutter folgenden anonymen Brief:  
«Die Schweiz amet auf. Nach der Tschechen- und Jugoslawen-invasion zur wohltuenden Abwechslung für einmal ein mieser Ostblock-Kanake weniger in unserem Land. Dafür können wir Gott dankbar sein, der die Geschehnisse des Autofahrs in die richtige Bahn gelenkt hat. Wir hoffen auf zahlreiche Wiederholungen dieses Vorfalls, damit hier der hohe, extrem störende Ausländerbestand abgebaut werden kann. Die Schweiz den Schweizern, Ausländer (sprich Kanaken) raus. Mit Verachtung ein überzeugter Schweizer»  
Leider ist man heute nicht mehr sicher, ob ein Kommentar überflüssig ist.

TA, Januar 86

kunftsangst) um sich. Die Resignation hemmt eine fortschrittliche Entwicklung. Wie vor der Sintflut steht auch heute die Menschheit vor einem Wendepunkt.»

Noch im gleichen Jahr, am 3. Dezember 1984, wurden im indischen Pestizid-Werk des US-Chemiekonzerns *Union Carbide Corporation UCC* mehrere Tonnen Giftstoffe in die Atmosphäre abgegeben, die Tausende von Menschen in der Umgebung töteten. Das eigentliche *annus horribilis* jenes Jahrzehnts aber war 1986, als sich am 28. April «eine Havarie» (TASS) im Atomkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine ereignete. «Das war der GAU, vor dem wir gewarnt haben», so die Reaktion, doch es war nicht der Moment der selbstzufriedenen Rechthaberei der AKW-Gegner, vielmehr wurde fieberhaft – im Zeitalter vor der digitalen Vernetzung! – nach Informationen über die Katastrophe und die zu erwartenden Auswirkungen für das Leben hier gesucht. «Die aussergewöhnliche Wetterlage führte zu einem radioaktiven Ausfall auf weite Gebiete, wobei auch das Tessin und der Bodenseeraum besonders betroffen waren», wurde später festgestellt.<sup>14</sup> Am 1. November brannte dann in Schweizerhalle bei Basel eine Lagerhalle des Chemiekonzerns Sandoz, in der sich 1350 Tonnen Chemikalien befanden (Bachmann et al. 1986, Forster 2010). Mit allgemeinem Sirenenalarm wurde in der Grosse region Basel eine mehrstündige Ausgangssperre verhängt. Versuchtes Löschwasser floss in den Rhein, wo es über Hunderte von Flusskilometern hinweg ein allgemeines Fischsterben und die Auslöschung von Mikroorganismen auslöste. Die eigentlich harmlose rote Färbung des Flusses brannte sich als apokalyptisches Zeichen in das kollektive



Grüne St. Gallerinnen und St. Galler an der Friedensdemonstration vom 5. November 1983 in Bern. AFGO.195.

<sup>14</sup> Quelle: Zivilschutz = *Protection civile* = *Protezione civile*, Bd. 35 (1988), Heft 10, S. 38.

<sup>15</sup> GRAS *Grüne Alternative St. Gallen*, 1984: *Materialien Wochenende 13./14. Oktober 1984*, unveröffentlicht (S. 41–43 unter *Geschichtliches*), AFGO.195.

Gedächtnis ein. Der Umgang der Behörden mit diesen «Ereignissen», wie sie oft verharmlosend bezeichnet wurden, und ihren Langzeitfolgen vertiefte das Misstrauen in breiten Bevölkerungskreisen gegenüber der Qualität der Aufsichts- und Kontrolltätigkeiten des Staates jener Zeit.

Trotz des Bemühens um unkonventionelle Aktionsformen (oder gerade deshalb?) gelang es den Grünen nur einzelfallweise, Medieninteresse für die ausserparlamentarische Aktivitäten zu wecken. Vieles «wurde von der Presse des Bürgertums... totgeschwiegen», wobei man der *Ostschweiz* «des Pinochet-Bewunderers Edgar Oehler» eine «besonders unrühmliche Rolle» zuschrieb.<sup>15</sup> Mit der Organisation eines «Grünen Symposiums» vom 22. Oktober bis 12. November 1985 bezweckte die GRAS, eine breitere Öffentlichkeit für die grünen Themen zu schaffen. Zur Eröffnung sprach der Publizist Hans A. Pestalozzi (1929–2004), ehemals persönlicher Sekretär von Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler und Leiter des Gottlieb-Duttweiler-Instituts (GDI), der sich in den 1970er-Jahren zum prominenten Wachstums- und Konsumkritiker entwickelt hatte und damals weitgehend autark bei Wattwil lebte, über «Die Widersprüche in unserer Gesellschaft». Es folgten Veranstaltungen zu den Themen Frieden – Dritte Welt, Feminismus, Gewerkschaften und alternative Politik, Oppositionsbewegungen in Ost und West – letztere mit einem DDR-Dissidenten aus der unabhängigen Friedensbewegung. Für das Thema Grüne Wirtschaftspolitik wurde ein Gründungsmitglied der deutschen Grünen und Mitglied des Bundestags, Eckhard Stratmann, eingeladen (wofür damals noch die Beantragung einer Rede-Genehmigung bei der Kantonspolizei notwendig war) und der Kontakt zur HSG gesucht. An der Diskussionsveranstaltung nahmen die Assistenten von HSG-Professor Ota Sik (1919–2004) teil, der 1968 im Prager Frühling massgeblich an der Diskussion über einen dritten Weg zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft beteiligt gewesen war. Seine Assistenten, René Höltschi und Christian Rockstroh, hatten gerade das didaktisch aufbereitete Buch *Bausteine für Alternativen* (1985) veröffentlicht, das sich an ein breiteres Publikum wandte. So kam es am 8. November 1985 zu einer «Diskussion eines alternativen Wirtschaftsmodells» im Hotel Ekkehard zu den Grundlagen einer ökologischen und demokratischen Wirtschaft und den Chancen der Entwicklung von Selbstverwaltung und «Mitarbeitergesellschaften», die transkribiert in den *Materialien zum «Grünen Symposium»* (GRAS 1986) veröffentlicht wurde. Die Materialien bieten wie keine andere Publikation jener Zeit einen Ein- und Überblick zu den Themen, die die Menschen im beschriebenen Milieu Mitte der 1980er-Jahre an- und umtrieben.

Neben Demonstrationen und symbolischen Aktionen wurde das *Fest* zur politischen Aktionsform entwickelt. Die grün-alternative Bewegung hatte einen ausgeprägten



Anti-Vereinskultur-Reflex, Politik durfte nie langweilig sein, sondern musste (!) spontane, befreiende und lustvolle Elemente beinhalten. Damit trugen die Grünen zu einer Erweiterung des Politik-Begriffes bei, der in den 1990er-Jahren weitherum gesellschaftlich akzeptabel wurde. Das sechsstündige Grüne-Fest vom Juni 1984 in der Grabenhalle (St. Gallen), an dem Musiker, Schriftsteller, Redner und das Basler Cabaret «Sauce Claire» auftraten, galt den Grünen als «Höhepunkt der bisherigen Tätigkeit».<sup>16</sup> Gefeiert wurde aber auch an allen Retraite-Wochenenden, nach langen Sitzungen und auch einfach so etwa monatlich. Musik war nicht einfach Unterhaltung, sondern bedeutungsgeladen, zumal die frühen 1980er-Jahre «die grosse Zeit der politisch engagierten deutschsprachigen Rockmusik» waren, wie sich Heinz Gabathuler (Jahrgang 1967) erinnert: «Musiker wie BAP, Grönemeyer, Lindenberg, Ina Deter, usw., aber auch die Österreicher Danzer und Hirsch, waren unter uns Kantischülern ungemein populär. Und sie traten an Friedensdemos auf; ihre Texte waren rebellisch und irgendwie grün-alternativ. Gerade die Tatsache, dass auch politisch eher bürgerlich eingestellte Mitschüler ebenso auf diese Musik abfuhren, bestärkte mich darin, dass meine Sicht auf Gesellschaft und Politik von den herkömmlichen Autoritäten in Schule, Staat und Wirtschaft abgelehnt wurde, sich aber im Einklang mit dem Mainstream der Jugendkultur befand und sich somit

langfristig durchsetzen würde. Militärköpfe, Banker und AKW-Befürworter waren dagegen sowas von spiessig und ewig gestrig ...».<sup>17</sup>

### Wahlkampagnen und parlamentarische Arbeit

Die St. Galler Grünen verstanden sich als Alternative zu den herkömmlichen Parteien, als Anti-Parteien-Partei. Sie wollten «eine Neubewertung der gängigen Politik, des Parlamentarismus»: «Wirkliche Veränderungen sind nur auf dem ausserparlamentarischen Weg möglich». «Nach ziemlich kontroversen Diskussionen über den Sinn und Unsinn des helvetischen Parlamentarismus» kamen die Grünen «zur Einsicht, eine Vertretung [im Parlament] ... wäre sinnvoll».<sup>19</sup>

Die Grünen St. Galler hatten an ihrer Gründungsversammlung noch angekündigt, an den Nationalratswahlen 1983 noch nicht, dafür aber an den Kantonsratswahlen 1984 teilzunehmen.<sup>20</sup> Bei den Nationalratswahlen 1983 erzielte die GRAS-Liste kantonsweit 41 558 Parteistimmen (und damit «erstaunliche 3,3%», so die AZ vom 21. November 1984), das war zwar weniger als die CVP von allen Stimmen allein in Wil erreichte, aber ein Achtungserfolg, vor allem im Vergleich mit der damals erstmals im Kanton St. Gallen angetretenen SVP, die deutlich schlechter abschloss.<sup>21</sup>

Der St. Galler Nachrichtendienst überprüfte zuhanden der Bundesanwaltschaft die Kandidaten dieser ersten GRAS-Liste.<sup>22</sup> Für einzelne Kandidaten wurde festgehalten: «durch seine alternative Einstellung aufgefallen», ein Ehepaar praktiziere «heute einen mehr oder weniger alternativen Lebensstil». Auch für suspekt hielt man, dass



Grünes Fest in der Grabenhalle, St. Gallen, Juni 1984.

Quelle: AFGO.195.

16 GRAS Grüne Alternative St. Gallen, 1984: Materialien Wochenende 13./14. Oktober 1984, unveröffentlicht (S. 41 f.), darin auch der Text einer Rede an diesem Grünen Fest mit dem Titel «1984» (S. 44–45).

17 Interview 20. Dezember 2015.

18 Grüne Alternative St. Gallen GRAS, Flugblatt zum 1. Mai «Im Namen des Volkes' oder auch nicht», AFGO.195.

19 Broschüre «GRAS Grüne Alternative St. Gallen im Grossen Rat 1984», Januar 1985, AFGO.195.

20 So die von Rudolf Häusermann unterzeichnete «Grundsatzklärung» vom 28. Mai 1983.

21 Quelle: St. Galler Tagblatt, 24. Oktober 1983.

22 Quellen: Bericht des St. Galler Nachrichtendienstes «Nationalratswahlen 1983/Kandidatenstimmen der Liste 6 GRAS (0)300.8/925» vom 10. November 1983, eingegangen bei der Bundesanwaltschaft am 16. November 1983. Individualfiche Richard Faust. Peter Huber, der damalige Chef der Bundespolizei, zu den Beweggründen: «In dieser Zeit kamen Bewegungen auf, die man nicht einordnen konnte. Deshalb beobachtete man sie. So war die Zeit damals. Das kann man heute vielleicht nicht mehr verstehen.» (in NZZ Geschichte, 2015/3 [Oktober], S. 53).

mehrere Kandidaten die gleiche Wohnadresse in Horchental bei Mörschwil hatten. Überprüft wurden die gegenwärtigen und früheren Erwerbstätigkeiten aller Kandidaten (Kandidat XY «belastet die Arbeitslosenkasse») sowie die militärische Einteilung der Männer. Einzeln aufgeführt wurde die Beteiligung an Aktionen gegen Atomkraftwerke, gegen das in einer Volksabstimmung gescheiterte Projekt einer Schweizerischen Bundessicherheitspolizei (Busipo) oder das Verteilen von Dollarnotenattrappen mit dem Gesicht von Bundesrat Friedrich anlässlich eines Vortrages an der HSG. Der Nachrichtendienst kam zum Schluss, «dass es sich bei den Kandidaten der GRAS in St. Gallen praktisch ausnahmslos um Personen handelt, die sich im heutigen Gesellschaftssystem nicht zurechtfinden und teilweise auch schon straffällig geworden sind». Politisch wurden die Kandidaten als «fast alle mit Linksdrall, aber nicht extrem-links» eingestuft. Dahinter stand, so ein Betroffener, ein «skandalöses Demokratieverständnis» des damaligen Nachrichtendienstes, das zu einem tendenziösen Konstrukt geführt habe: «Weil einige Kandidaten im Weiler Horchental in drei verschiedenen Häusern wohnten, wurde eine teilweise kriminelle, sozialschmarotzende Wohngemeinschaft mit Linksdrall konstruiert. Dies entsprach in keiner Weise den Rückmeldungen, die wir damals von Behörden und andern Parteien erhielten, die diese neue grüne Bewegung gut einordnen konnten und uns Sympathie oder mindestens Achtung entgegenbrachten.»<sup>23</sup>

Andere Kandidaten führen spätere «beruflich sehr ungemütlichen Situationen» auf diese Fische zurück, v. a. wenn sie sich erfolglos auf Lehrerstellen oder Vertretungen (z. B. als Lehrkräfte) im Kanton St. Gallen bewarben.<sup>24</sup>

Im Hinblick auf die kurz danach stattfindenden Kantonsratswahlen (28./29. Januar 1984) wurde die Zusammenarbeit mit anderen grünen Gruppen im Kanton gesucht. Dabei traten Positions- und Stil-Differenzen zu Tage, wie auch in anderen Kantonen: «Während die gemässigten Grünen argwöhnen, die radikalen «Gras»-Töne würden der grünen Bewegung schaden, argumentiert man bei der

«Gras», mit Halbheiten komme man der drohenden Katastrophen nicht bei.» (Ostschweizer AZ, 21. November 1983)

Die Person Albert Nufer polarisierte auch innerhalb der Grünen. Eine Bereinigung der Differenzen im Sinne einer Zentralisierung der Bewegung widersprach jedoch ihrem Selbstverständnis, und «die Stimmung blieb versöhnlich. «Gras» sei auch grün, wurde allgemein festgestellt, und bei den kommenden Kantonsratswahlen könne ja, da bezirksweise gewählt wird, jede Regionalgruppe mit dem eigenen, ihr zusagenden Programm vor die Wählerinnen und Wähler treten». (ebd.)

Die junge GRAS forderte die bisherige Praxis der Wahlempfehlungen des einflussreichen städtischen Naturschutzvereines (NVS) heraus, die darin bestand, die jeweils «grünsten» Kandidaten der etablierten Parteien offiziell zu unterstützen. Der NVS nahm jetzt zur Kenntnis, das mit den «Grünen St. Gallern» «eine neue politische Kraft in unserem Parteienspektrum» entstanden war, die «Fragen des Umweltschutzes Priorität einräumen und diesbezüglich konsequente Forderungen erheben» (*Ostschweiz*, 19. Januar 1984). Die Kantonsratswahlen von 1984 brachten das Ende der seit 1972 geltenden absoluten CVP-Mehrheit, v. a. aufgrund der Sitzgewinne des mit der EVP verbundenen LdU, aber auch dank des erstmaligen grünen Mandats im Bezirk St. Gallen. Gewählt wurde Stefan Chiozza, der damit das erste grüne Parlaments-Mandat im Kanton St. Gallen besetzte.

Der Einzug in den Kantonsrat wurde wie bei den Grünen üblich von einer symbolischen Aktion begleitet: «Ein bärtiger Neptun überreichte dem «höchsten» St. Galler [dem Grossratspräsidenten] ein Glas klares Quellwasser, eine leichtgeschürzte Aurora, die Fee der Lüfte, überbrachte ein Glas mit Luft aus Weistannen, jenem Dorf, wo die Luft noch am «saubersten» ist. Der Erdgeist, Zwerg Gülp, überreichte ein Tännchen in unverseuchter Erde...».

Die SP-Fraktion gewährte Chiozza auf seine Anfrage hin Gastrecht, und er konnte Einsitz in die Landwirtschaftskommission und in die Kommission zum Geschäft betreffend die Umfahrung von Wattwil nehmen. Die parlamentarische Arbeit der Grünen auf Kantonsebene 1984–1988 konzentrierte sich auf die «urgrünen» Themen Verkehrspolitik, Energiepolitik (Atomausstieg), Umwelterziehung, Wohngifte (Formaldehyd, Asbest, etc.) und Biolandbau. Chiozzas Engagement in der Landwirtschaftskommission galt der Förderung des Bio-Landbaus an landwirtschaftlichen Schulen sowie der «Herabsetzung der Schadstoffbelastung von Nahrungsmitteln und Umwelt».<sup>25</sup> Manch ein Bauernvertreter im Kanton wunderte sich über diese Stadt-Grünen und versuchte sie darüber belehren, dass es einfach keine Nachfrage nach Bio-Früchten gab, weil die

23 Mitteilung an den Autor, 9. November 2015.

24 «Es war auffällig: ich kam meist in die engere Wahl und erhielt im letzten Moment eine Absage. Ich führe dies darauf zurück, dass seinerzeit vermutlich parallel zu dem Einholen von Referenzen auch Informationen beim Staatsschutz eingeholt worden sind. Auch eine bereits zugesagte halbjährige Stellvertretung als Primarlehrer wurde im letzten Moment wieder annulliert. Auf meine verwunderte Nachfrage wurde mir sehr ausweichend geantwortet! Erst nach hartnäckigem Insistieren wurde mir beschieden, dass eine Person wie ich nicht in jenes Lehrerzimmer passe...» (Mitteilung eines GRAS-Kandidaten an den Autor, 11. Oktober 2015).

25 Broschüre «GRAS Grüne Alternative St. Gallen im Grossen Rat 1984», Januar 1985, AFGO.195.



Einzug der Grünen Alternative St. Gallen GRAS in den Grossen Rat, Mai 1984. Quelle: AFGO.195.

Konsumenten nur perfekt aussehende Produkte wollten.<sup>26</sup> Die Warnung vor dem «Wald- und abzusehenden Bodensterben» provozierte die Bauern im Rat zu heftigen Reaktionen, ebenso die Forderung nach «einem grundsätzlichen Umdenken in der Landwirtschaft».<sup>27</sup> Im Allgemeinen war die Reaktion auf die neue Kraft im Kantonsrat aber aggressives Desinteresse der anderen. Chiozza berichtet über ostentatives Zeitunglesen im bürgerlichen Block während seiner Voten und über somatische Probleme als Folge der ungeschminkten Ablehnung seiner Ideen seitens der grossen Mehrheit des Parlaments.<sup>28</sup>

Die Grünen St. Galler nahmen auch die nächste Gelegenheit für eine provozierende Kandidatur wahr. Sie stellten zwei in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt Kandidaten auf für die Regierungswahlen 1984, nämlich Ilona Takács und Jürg Menzi, und reagierten damit auf die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsliste, die die Veränderungen in den Kantonsratswahlen nicht reflektierte (der Opposition wäre nach etablierten Formeln neu ein Regierungsrats-Sitz zugestanden), sondern einfach das bisherige Konkordanz-Modell weiterführte. Die etablierte Politlandschaft (inklusive die grüne Gruppierung im Rheintal) regierte auf diesen Tabubruch mit Ablehnung, nur die Ostschweizer AZ sprach den jungen Kandidaten der GRAS ein «Kompliment für ihren politischen Mut und ihre Initiative» aus, aufgrund dessen es «nicht zu einem toten Rennen mit stets den gleichen Kandidaten» komme.<sup>29</sup>

St. Gallen hat einen eigenen Wahlzyklus, der die Gemeinderatswahlen ins gleiche Jahr legt wie die kantonalen Wahlen – ein vorgegebener rascher Takt, dem sich auch neue politische Gruppierungen nicht entziehen können.<sup>30</sup> Die GRAS erreichte im September in der Stadt St. Gallen

ein Mandat, verpasste aber den Einzug ins Rorschacher Parlament. Eine enge Zusammenarbeit der Politischen Frauengruppe (PFG) im Grossen Gemeinderat der Stadt St. Gallen wurde aufgrund der inhaltlichen und organisatorischen Nähe erwartet und kam auch so zustande. Das GRAS-Communiqué betonte, dass nun «auch im Gemeinderat St. Gallen endlich die Grüne Alternative und damit ein Teil der europäischen Grünen Bewegung vertreten ist», es gehe angesichts der Kräfteverhältnisse um «das Anregen von Diskussionen und das Geben von Denkanstössen» (*Tagblatt*, 8. September 1984). Der zu erwartende neue politische Stil und einmal mehr die Person Albert Nufer<sup>31</sup> führten dazu, dass der Gemeinderat der Stadt St. Gallen die Gemeinderatsordnung noch vor dem Einzug der GRAS änderte: Die für Interpellationen nötige Unterschriftenzahl wurde von einer auf fünf erhöht, und ein später als «Lex Nufer» bezeichneter Kleiderartikel (Geschäftsreglement Art. 21) verabschiedet.

Auf den Krawattenzwang reagierte die GRAS mit einer symbolischen Aktion am Tag ihres des ersten Einsitzes im neuen Parlament: Von der Zuschauer-Tribüne herunter wurden überdimensionierte «Krawatten»-Transparente entrollt mit den Texten «GRAS», «Juhui da sind wir wieder», «Es geht voran», «Kleider machen Gemeinderäte – Politik macht die Wirtschaft» und «Gute Nacht». *Die Ostschweiz* (19. Januar 1985) fand das «schlicht und einfach läppisch», während der *Anzeiger* (24. Januar 1985)

26 Gespräch mit Stefan Chiozza, St. Gallen, 22. August 2015.

27 Broschüre «GRAS Grüne Alternative St. Gallen im Grossen Rat 1984», Januar 1985, AFGO.195.

28 Gespräch mit Stefan Chiozza, St. Gallen, 22. August 2015. 1984 nach seinen ersten Eindrücken gefragt, sagte Chiozza: «Es ist mir vorgekommen, als ob es einen Einheitsstyp bürgerlicher Parlamentarier gäbe, der den grauen Männern in «Momo» von Michael Ende gleicht. Einheitliche Kleidung, einheitliches Benehmen haben für mich dokumentiert, dass Veränderung mit diesen Leuten schwierig ist. Sie waren steif, starr, statisch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dieses Parlament die grundlegenden Probleme der heutigen Zeit lösen kann oder auch nur angehen will.» Zur Frage nach seiner Rolle im Parlament: «In der Wahl der Stilmittel fühle ich mich als Hofnarr, der versucht, mit Humor und viel Phantasie den Regierenden das zu sagen, was sich andere nicht unbedingt getrauen. Bei Sachgeschäften sehe ich mich als Mitglied der Opposition, die in erster Linie im SP-LdU-Lager zu finden ist.», in: GRAS Grüne Alternative St. Gallen, 1984: Materialien Wochenende 13./14. Oktober 1984, unveröffentlicht (S. 48).

29 Roger G. Sutter, «Kompliment für die GRAS», in: *Ostschweizer AZ*, 24. Februar 1984. Vgl. auch «Wahlulk mit einem Schuss Moralin», in: *Tell*, Nr. 4, Februar 1984.

30 Flugblatt «GRAS in den Gemeinderat am 2. Sept. 1984», AFGO.195.

31 *Die Rundschau (RS)* des Schweizer Fernsehens strahlte am 19. Mai 1987 ein Porträt Albert Nufers aus («St. Gallen: Porträt neuer unkonventioneller Gemeinderat der Grün-Alternativen (GRAS) Albert Nufer», Bundesarchiv, Signatur J2.225#2009/142#475#1\*).

diese Aktion als «Paukenschlag» «der unorthodoxen Gruppe» bezeichnete und das verteilte GRAS-Flugblatt zitierte: «Unsere Krawatten sind hoffnungsvoll grün gefärbt, entsprechen nicht ganz dem üblichen Standart [sic!], dafür sprechen sie für sich! Warum nicht diese männlichen Kult-Symbole in Kommunikationsflächen umfunktionieren – den Anfang haben wir gemacht! Uns werden weder «Würde»-Artikel noch die Hetze gegen das Rotationsprinzip daran hindern, den frischen Wind auch in das Waaghauz zu bringen. Trotz Ämterfilz und Tabu-Themen: *Grüne Zeit in St. Gallen!*»<sup>32</sup>

In einer ersten Bilanz kam die AG «Parlament» der GRAS zum Schluss: «Gesamthaft gesehen beurteilen wir die parlamentarische Arbeit als sehr beschränkt von Nutzen; im Parlament selbst gibt es eine etablierte Blockade-Mehrheit, die das Geschehen im (Würge-)Griff hat – mehr als vielleicht Denkanstösse vermitteln, tabuisierte Themen in die Diskussion zu bringen, den schlafenden Rat aufrütteln oder zumindest seine Ruhe zu stören ist vorderhand nicht drin!»<sup>33</sup>

## Schluss

Was hat die grüne Bewegung der 1980er-Jahre bewirkt? Es lassen sich Linien zurückverfolgen, die in der heutigen Politik wirksam sind, Vieles hat zu einem nachhaltigen politisch-kulturellen Wandel beigetragen, der die Schweiz verändert hat. Zwischenzeitlich eingetretene politische Brüche machen anderes heute nur noch aus dem historisch-zeitspezifischen Kontext versteh- und nachvollziehbar. Zunächst brachte die grüne Bewegung der 1980er-Jahre neue Protest- und Aktionsformen in die schweizerische Politik ein und trug so zum politischen Wandel bei. Vieles davon, was in den 1980er-Jahren im Allgemeinen legal, aber oft ungehörig und provokativ war, gehört inzwischen zum normalen Repertoire der Politik im ganzen Spektrum von links bis rechts. Das schweizerische politi-

sche System stellte aber auch traditionelle direktdemokratische Instrumente zur Verfügung, die von den neuen Akteuren für ihre politischen Ziele angewandt wurden. So fanden allein im Energie- und Verkehrssektor zwischen 1977 und 2003 neunzehn Eidgenössische Abstimmungen aufgrund von Volksinitiativen statt, die im Durchschnitt 38.5% Ja-Stimmen erzielten (Skenderovic 2012). In zwei Fällen fanden sich (auf Bundesebene) Mehrheiten für grüne Anliegen, nämlich beim AKW-Moratorium (1990) und bei der Alpeninitiative (1994). Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass in den späten 1970er- und in den 1980er-Jahren das eingeleitet wurde, was 2011, nach einem weiteren katastrophalen AKW-Unfall, als «Energiewende» parlamentarische Mehrheiten fand. Die offene Ablehnung einer ungezügelt motorisiert-mobilisierten Lebensweise provozierte auch Gegenreaktionen. Die vielleicht aufsehenerregendste unter ihnen war die 1985 gegründete Autopartei (AP)<sup>34</sup> mit ihrem Publikationsorgan Tacho, die als explizit anti-grüne Kraft von 1987 bis 1999 im Nationalrat vertreten war. Im Kanton St. Gallen wurde 1991 mit Pia Hollenstein<sup>35</sup> zum ersten Mal eine grüne Nationalrätin gewählt – sozusagen im dritten Anlauf nach 1983 und 1987. Im Nationalrat bildete sich eine Grüne Fraktion mit vierzehn Mitgliedern. Als erste Fraktion im Bundesparlament stellte sie eine Frauenmehrheit. Die Grünen etablierten sich in den 1990er-Jahren als politische Kraft auf nationaler Ebene – durch das erstmalige Ergreifen eines Referendums, nämlich gegen das Projekt der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT), in Weiterführung ihrer Erfahrungen mit überdimensionierten Infrastrukturprojekten und ihren nur wenig abgesicherten positiven Effekten. Ähnlich motiviert war die Ablehnung des vom Bundesrat vorgeschlagenen Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), eine Erweiterung des Binnenmarkt-Projekts auf die EFTA-Staaten. Auch hier setzte sich bei den Grünen die grundsätzliche Kritik am grenzüberschreitenden Wachstums- und Mobilisierungswahn durch, und zwar in Form einer Nein-Parole zum EWR-Beitritt der Schweiz.<sup>36</sup> Damit trugen sie, vielleicht als Zünglein an der Waage, zur Absage an die von der mit Ausnahme der SVP gesamten politischen Elite des Landes getragene Liberalisierungs- und Integrationspolitik bei.

Grundlegend hat sich das Umfeld schweizerischer Politik durch die Reformen Gorbatschows und dann den Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa verändert. Die auf die Geistige Landesverteidigung und den Antikommunismus zurückgehende autoritäre politische Geisteshaltung, die das demokratische politische System der Schweiz überformte und aushöhlte, erodierte rasch und ist in ihrer damaligen Massenwirksamkeit heute kaum noch nachzuvollziehen. Zwei innenpolitische Ereignisse in jenen Jahren beschleunigten diesen Prozess massgeblich, die Abstimmung über die Abschaffung der Schweizer Armee und die parlamentarische Un-

32 Flugblatt «Neu im Grossen Gemeinderat: GRAS Grüne Alternative St. Gallen», Aktion Einzug Januar 1985, AFGO.195.

33 Broschüre «GRAS Grüne Alternative St. Gallen im Grossen Rat 1984», Januar 1985, AFGO.195.

34 Im Bundesarchiv gibt es ein Video DRS-aktuell «SG: Ausgang der Grossrats-Wahlen/Sieger: Grüne Partei und Autopartei» 05. September 1988 (J2.225#2000/22#3517#1\*).

35 Vgl. [www.piahollenstein.ch/](http://www.piahollenstein.ch/)

36 Vgl. NZZ, EWR-Nein von 1992-Europapolitik – Treibstoff der Konservativen: «Generelle Skepsis gegenüber Wachstum und offenen Märkten ist... ein Wesensmerkmal der Grünen. Noch 1992 stand die GPS denn auch beim EWR im Nein-Lager – damals übrigens mit der überzeugten EWR-Gegnerin (und heutigen grünliberalen Ständerätin) Verena Diener als Präsidentin.» Auch in den anderen EFTA-Staaten waren die Grünen gegen den EU-Beitritt.

tersuchungskommission, die die nachrichtendienstliche Erfassung («Fichierung») von Hunderttausenden von Linken, Grünen, Umweltschützern und Ausländern als potenzielle Staatsfeinde aufdeckte. Beides stellte einen Tabubruch dar, legte teilweise antidemokratisches und antipluralistisches Verhalten führender Kreise offen und trug dazu bei, politischen Dissens öffentlich und demokratisch akzeptabel und nachvollziehbar zu machen. Der Fichen-Skandal bestätigte, was auch in der grün-alternativen Bewegung befürchtet, ausserhalb ihr aber oft als «Verschwörungstheorie» abgetan wurde, nämlich dass auch in St. Gallen die politischen Aktivisten jener Zeit überwacht, ausgespäht und nachrichtendienstlich erfasst wurden. Bislang ist nicht geklärt, ob auch die St. Galler Grünen in den 1980er-Jahren von Spitzeln des Staatsschutzes infiltriert waren. In Vielem haben sich die Herausforderungen und Rahmenbedingungen für grüne Politik in der Schweiz und international verändert. Mit ihrer Etablierung als politischer Kraft auch in St. Gallen haben die Grünen dazu lokal und grenzüberschreitend beigetragen.

### Darstellungen

- Bachmann, Guido/Burri, Peter/Maissen, Toya (Hg.): Das Ereignis. Chemiekatastrophe am Rhein, Basel 1986.
- Bader, Gabriela, et al.: Geschichte der Grünen in der Schweiz, Bern 2014 ([www.gruene.ch](http://www.gruene.ch)).
- Baer, Matthias/Seitz, Werner (Hg.): Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, Ihre Geschichte, Ihre Basis, Zürich 2008.
- Brassel-Moser, Ruedi: Grüne Parteien, in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bern 2015 ([www.hls-dhs-dss.ch](http://www.hls-dhs-dss.ch)).
- Degen, Georges: Der grüne Bogen – ein politisches Projekt zur Sammlung der Kräfte des Dissensprozesses, in: Materialien zum «Grünen Symposium», St. Gallen 1986, S. 45–49.
- Fend, Helmut/Prester, Hans-Georg: Wie wird man Grünwähler? Sozialer Wandel und Sozialisation von Parteipräferenzen, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 1985/2, S. 373–390.
- Forter, Martin: Falsches Spiel. Die Umweltsünden der Basler Chemie vor und nach «Schweizerhalle», Zürich 2010.
- Galtung, Johan: The Green Movement: A Socio-historical Exploration (1985), in: Ders.: Europe in the Making, New York 1989 (auch: [www.transcend.org/galtung/papers/The%20Green%20Movement-A%20Socio-Historical%20Exploration.pdf](http://www.transcend.org/galtung/papers/The%20Green%20Movement-A%20Socio-Historical%20Exploration.pdf)).
- Grüne Alternative St. Gallen, GRAS: Materialien zum «Grünen Symposium», St. Gallen 1986.
- Guggenberger, Bernd: Krise der repräsentativen Demokratie?, in: Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1978.
- Hartmann, Hans R.: Die 28 kantonalen Nachrichtendienste, in: Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat (Hg.). Schnüffelstaat Schweiz. Hundert Jahre sind genug, Zürich 1990.
- Höltschi, René/Rockstroh, Christian: Bausteine für Alternativen. Ota Siks Dritter Weg in ein Wirtschaftssystem der Nachmoderne, Grösch 1985.
- Jungk, Robert/Müllert, Norbert: Zukunftswerkstätten, Hamburg 1981.
- Ladner, Andreas/Brändle, Michael: Switzerland: the Green Party, alternative and liberal Greens, in: Green Parties in Transition, Burlington 2008, S. 109–128.
- Müller-Rommel, Ferdinand: Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen, Opladen 1993.
- Parkin, Sarah: Switzerland, in: Green Parties. An International Guide, London 1989.
- Progressive Organisationen, POCH: Wer sind wir? Was wollen wir?, o. O. 1983.
- Rebeaud, Laurent: Die Grünen in der Schweiz, Zürich 1987.
- Roth, Roland: Gesellschaftstheoretische Konzepte zur Analyse neuer sozialer Bewegungen, in: Politische Vierteljahresschrift, 1983/3, S. 311–328.
- Ruckstuhl, Liana: Albert Nufer: Original? Paradiesvogel? Pensionär, St. Gallen 2009.
- Schaffner, Hans Beat (Hg.): Grün bewegt: 20 Interviews nach 20 Jahren Grüne Partei der Schweiz, Zürich 2003.
- Skenderovic, Damir: Ökologische Bewegung, in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bern 2012 ([www.hls-dhs-dss.ch](http://www.hls-dhs-dss.ch)).
- Widmer, Marina: Die Neue Frauenbewegung bewegte die Gesellschaft, in: Neue Frauenbewegung, 145. Neu-jahrsblatt, hg. vom Historischen Verein des Kantons St. Gallen, St. Gallen 2005.
- Ziltener, Patrick: Die neuen sozialen Bewegungen in der Theorie Jürgen Habermas' – Instrumente der praktisch-emanzipativen Vernunft?, Seminararbeit Universität Basel 1988 (unveröffentlicht).



Unter den Namen Interkommission organisiert die Progressive Organisation St. Gallen anfangs der 1970er-Jahre zusammen mit den italienischen und spanischen Kommunisten, den Sozialisten und der italienischen Gewerkschaftsgruppe Demonstrationen in St. Gallen. 1971 rufen sie zur Demonstration für die Freiheit von Angela Davis auf. Angela Davis ist eine US-amerikanische Bürgerrechtlerin, die sich für die Rechte von politischen Gefangenen einsetzt. 1970 wird sie selber inhaftiert. Ihr droht die Todesstrafe. Am 4. Juni 1972 kommt sie frei, nachdem sich eine weltweite Bewegung für sie eingesetzt hat. Fotograf: Raniero Fratini. Quelle: Archiv für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte, AFGO.228.





1. Mai-Demonstration 1972 in St. Gallen mit vielen Forderungen zur Besserstellung der Gastarbeiter und -arbeiterinnen. Fotograf: Raniero Fratini. Quelle: Archiv für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte, AFGO.228.

